

9/SN-44/ME 28/SN-45/ME

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 26 1015/1-II/4/87 (28)

Entwurf eines Bundesgesetzes über
die Änderung von Familiennamen
und Vornamen (Namensänderungs-
gesetz-NAG).

Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 51 433

Durchwahl

1288

Sachbearbeiter:

MR Dr. Riepl

An das

Präsidium des
Nationalrates

W i e n

Zl. 45 - GE 987
Datum: 14. AUG. 1987
17. AUG. 1987

le
Hlawan

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum zit. Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Inneres im Sinne der Entschließung des Nationalrates aus Anlaß der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes BGBl. Nr. 178/1961 zu übermitteln.

4. August 1987

Für den Bundesminister:

i.V. Dr. Riepl

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Haus

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 26 1015/1-II/4/87

Entwurf eines Bundesgesetzes über
die Änderung von Familiennamen
und Vornamen (Namensänderungs-
gesetz-NÄG);

z.Zl. 10.649/38-IV/4/87,
vom 30. Juni 1987.

Himmelportgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 51 433

Durchwahl

1288

Sachbearbeiter:

MR Dr. Riepl

An das

Bundesministerium
für Inneres

W i e n

Zu bezogener do. Note nimmt das Bundesministerium für Finanzen wie
folgt Stellung:

Gemäß den Erläuterungen zu § 7 des vorl. Gesetzentwurfes (Seite 15) war
bisher für die Änderung des Vornamens die Bundespolizeibehörde zuständig.
Gem. § 7 Abs. 1 des vorl. Entwurfes soll nunmehr grundsätzlich auch für
Änderungen des Vornamens die Bezirksverwaltungsbehörde zuständig sein. In
jenen Städten, in denen bisher eine Bundespolizeibehörde errichtet war, waren
sohin die Bezirksverwaltungsbehörden mit Angelegenheiten der Änderung von
Vornamen nicht betraut. Durch die nunmehrige Aufgabenzuweisung erwachsen
den Gebietskörperschaften, welche für die Einrichtung der Magistrate (als
Bezirksverwaltungsbehörden) zuständig sind - nämlich den Statutarstädten -
möglicherweise Mehraufwendungen. Das Bundesministerium für Inneres wird
daher aufgefordert, gem. § 14 Abs. 3 BHG zu erheben, ob und gegebenenfalls
in welcher Höhe solche Mehrkosten auflaufen. Sofern diese Mehrkosten von
einiger finanzieller Bedeutung für die betroffenen Gebietskörperschaften sind,
wären Verhandlungen gem. § 5 FAG 1985 zu führen.

4. August 1987

Für den Bundesminister:

i.V. Dr. Riepl

F.d.R.d.A.:

